DIE LINKE.
IM REGIONALVERBAND RUHR

Essen, 05.10.2022

Newsletter – Ausgabe Nr. 8

Schlaglichter der 6. Verbandsversammlung Ende September

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und liebe Leser,

das wohl am meisten diskutierte Thema der dritten Verbandsversammlung in diesem Jahr am Freitag, 23.9., ist der Beschluss über die 3. Offenlage des Regionalplans Ruhr. Wie wichtig sind den Fraktionen dabei Transparenz, Bürger:innenbeteiligung, insbesondere hinsichtlich der Schaffung der größtmöglichen Akzeptanz für Flächen zur Gewinnung von Kiesen und Sanden im Kreis Wesel? Dazu hat die Fraktion ebenso wie zum Entwicklungs- und Vermarktungskonzept Regionale Kooperationsstandorte eigene Anträge eingebracht.

Wie die Diskussion im Einzelnen verlief, dazu unten mehr. Ihr könnt die Diskussion aber auch selbst verfolgen, im erstmals aufgenommenen Livestream, den Ihr in den nächsten 6 Monaten auf der Startseite des Ruhrparlaments unter www.ruhrparlament.de abrufen könnt. Die Fraktion DIE LINKE hatte einen Livestream schon vor Jahren angeregt und beantragt. Nun ist er endlich umgesetzt worden. Wir gehen davon aus, dass er zur Transparenz der Arbeit des Ruhrparlaments beiträgt.

Weitere Themen der Versammlung waren die Beschlussfassung über einzelne Regionalplanänderungsverfahren zu Flächen in Mülheim, Hamm und Bochum, denen wir nach Rücksprache mit unserer Vertreter:innen in den Räten der betroffenen Städte zugestimmt haben. Das laufende Verfahren in Werne, um das ehemalige Gelände der Zeche Werne Schacht 1 / 2 als Standort für Gewerbe und Industrie in eine Sondernutzungsfläche für ein Wassersport- und Forschungszentrum zu ändern, haben wir abgelehnt.

Darüber hinaus ist auf der Versammlung der Haushalt des Verbandes für 2023 eingebracht worden. Anders als erwartet legt der Kämmerer einen ausgeglichenen Haushalt vor. Grund dafür sind steigende Einnahmen aus der Verbandsumlage bei gleichbleibendem Hebesatz. Die Mehrausgaben von rund 6 Mio. Euro sollen aus der Rücklage entnommen werden. Die Fraktion wird sich im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen u.a. mit Fragen der Entfristung von Arbeitsverträgen, der Umsetzung der Kampagne des RVR zur Europawahl, der Fortführung der anstehenden energetischen Sanierungen bei den Freizeitgesellschaften und der Beschleunigung der Erarbeitung des Masterplans Klimametropole Ruhr auseinandersetzen.

Weiteres aus der 6. Sitzung der Verbandsversammlung

Vorratsbeschluss zur 3. Offenlage des Regionalplans gegen unsere Stimmen beschlossen –
Chancen zur Verständigung mit Initiativen, Kommunen und dem Kreis Wesel erneut vertan

---

Obwohl noch nicht einmal die Stellungnahmen der Verwaltung zur 2. Offenlage des Regionalplans vorliegen, hat die Verwaltung einen Vorratsbeschluss zur 3. Offenlage des Regionalplans eingebracht. Dieser ungewöhnliche Schritt wurde von der Großen Koalition, aber auch von Grünen und FDP mitgetragen, um zeitliche Verzögerungen bei der Erarbeitung des Regionalplans zu vermeiden. Nötig ist die dritte Offenlage, weil sich durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster gegen die Festlegungen des Landesentwicklungsplans zum Kiesabbau die Vorgaben für den Regionalplan erheblich geändert haben. Da die Bearbeitung der mehreren tausend Eingaben bis zur nächsten Verbandsversammlung im Dezember nicht abgeschlossen sein wird, hätte ein Beschluss zur erneuten, dritten Offenlage sonst erst im März nächsten Jahres gefasst werden können. Inhaltlich macht sich die Verbandsversammlung mit dem Beschluss über die Offenlage den Entwurf des Regionalplans ohnehin nicht zu eigen.

Auch wenn dieses Verfahren rechtlich wohl zulässig ist, hat die Fraktion DIE LINKE es so nicht mitgetragen. Sie hat eine Zustimmung an die Bedingung einer erneuten Informationsveranstaltung für die Mitglieder der Verbandsversammlung und einer weiteren Veranstaltung im Kreis Wesel geknüpft und wollte die Verwaltung auffordern, mit den Kommunen im Kreis Wesel den Konsens über die für Kiesabbau vorgesehenen Flächen zu suchen, wenn nötig auch in einem nach dem Landesplanungsrecht möglichen

Mediationsverfahren. Dieser Antrag wurde teilweise von den Grünen und der FDP mitgetragen, mehrheitlich aber abgelehnt. Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion DIE LINKE den Offenlage-Beschluss nicht mitgetragen.

Mit dem bedingungslosen Beschluss über die 3. Offenlage hat die Mehrheit der Verbandsversammlung auch die vielen Einwände vor allem aus dem Kreis Wesel vom Tisch gewischt. 8.100 Stellungnahmen sind im Zuge der 2. Offenlage eingegangen. 8.000 davon befassen sich mit den katastrophalen Auswirkungen des Kiesabbaus. Mit dem Beschluss stellt sich die Verbandsversammlung auch gegen die Appelle aus dem Kreis Wesel, der noch am Abend vor der Verbandsversammlung in einer Resolution zum Kiesabbau auf die Probleme aufmerksam gemacht hat.

Den genauen Wortlaut unseres Antrages kann man hier abrufen: https://www.dielinke-rvr.de/dokumente1/antraege/detail-antraege/regionalplan-ruhr-fuer-das-verbandsgebiet-des-regionalverbands-ruhr-beschluss-zur-dritten-beteiligung-weitere-einbindung-der-politik-der-kommunen-initiativen-und-buergerinnen-in-den-entscheidungsprozess/

Wolfgang Freye hat in seiner Rede noch einmal den Grundgedanken des Regionalplanaufstellung betont: Vor mehr als 10 Jahren hat man vereinbart, diesen ersten gemeinsamen Plan für die Region in einem offenen, transparent geführten Diskurs mit den Kommunen und der interessierten Öffentlichkeit aufzustellen. Man wollte damit auch Klageverfahren vermeiden. Von diesem Weg sollte der RVR kurz vorm Ziel nicht immer mehr abweichen. Wenn die Verbandsversammlung im Dezember 2021 die von uns beantragte Abtrennung eines „Sachlichen Teilplans Gewinnung oberflächennaher Bodenschätze“ vom allgemeinen Regionalplanverfahren mitgetragen hätte, wäre der RVR jetzt weiter. Es könne jedenfalls nicht hingenommen werden, dass der Kreis Wesel für die Kiesindustrie immer mehr zum „Schweizer Käse“ würde.

In der Diskussion unseres Antrages sagte die Regionaldirektorin immerhin zu, eine zweite Informationsveranstaltung für die Verbandspolitik vor der Offenlage durchzuführen – auch wenn der Antrag wie gesagt abgelehnt wurde.

Entwicklungs- und Vermarktungskonzept Regionale Kooperationsstandorte in den Kommunen jetzt diskutieren

---

Die Verwaltung des RVR und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Business Metropole Ruhr GmbH (BMR) haben den Entwurf für ein Entwicklungs- und Vermarktungskonzept für die im bereits verabschiedeten Sachlichen Teilplan Regionale Kooperationsstandorte festgelegten 24 Standorte vorgelegt. Bis Dezember sollen diese mit den betroffenen Kommunen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften beraten werden. Insofern stellte der Entwurf des Konzeptes nur einen Zwischenstand dar.

DIE LINKE hat beantragt, weitere qualitative Beurteilungskriterien einzuführen, nämlich Fragen der Klimaanpassung und -resilienz und die sparsamere Verwendung von Energie. Zur höheren Verbindlichkeit der Umsetzung der Maßstäbe sollten diese in städtebaulichen Verträgen zwischen den Kommunen konkretisiert werden. Diesen Punkt haben SPD und CDU in einem kurz vor der Verbandsversammlung vorgelegten eigenen Antrag teilweise übernommen. Die Kriterien sollen zu Bestandteilen von Raumordnerischen Verträgen gemacht werden. Beim Lesen des Antrags der GroKo gewinnt man den Eindruck, dass vor allem die CDU ihre eigene wirtschaftspolitische Ausrichtung unterstreichen wollte. Er wiederholt bekannte Problemstellungen bei der Umsetzung der Ziele des Teilplans, die vom Engagement der jeweiligen Kommunen abhängig sind und bereits im Plan festgestellt werden. Klare Kriterien festzulegen scheut man jedoch. Deshalb haben wir den Antrag der Koalition abgelehnt.

Unser Antrag wurde abgelehnt, Grüne und FDP haben ihm allerdings zugestimmt.

Masterplan Mittelstand und Handwerk schneller umsetzen

Die Fraktion DIE LINKE hat schon bei den Haushaltsberatungen die Idee der Erarbeitung eines Masterplans Mittelstand und Handwerk durch den RVR unterstützt. Er soll sich auch mit Fragen der Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze befassen, mit der Verbesserung der Ausbildung und Qualifizierung, den Möglichkeiten der Integration von Geflüchteten, Menschen mit Einwanderungsgeschichte und Langzeitarbeitslosen sowie der Anerkennung von Berufsabschlüssen. Die Handwerkskammern begrüßen die Absicht und sind an der Erarbeitung des Masterplans beteiligt.

Wolfgang Freye hat in seiner Rede betont, dass es auch im Handwerk stärker als bisher darum gehen muss, die Vielfalt der Gesellschaft im Ruhrgebiet abzubilden. So kann das Handwerk seinen eigenen Beitrag zur Transformation der Gesellschaft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten. Zugestimmt hat die Fraktion DIE LINKE einem Antrag von SPD und CDU, die Erarbeitung des Masterplans zu beschleunigen und bis Mitte 2025 abzuschließen.

Charta Grüne Infrastruktur – Möglichkeit für ein gemeinsames Vorgehen in der Region

---

Die in einem breit angelegten Erarbeitungsprozess entwickelte Charta Grüne Infrastruktur beschreibt, wie es gelingen kann, dass die bestehenden Frei-und Grünflächenflächen, Halden, Wälder, Parks innerhalb und außerhalb der Städte einen stärkeren Beitrag dazu leisten, diese Region insgesamt lebenswerter zu gestalten.

Gültaze Aksevi hat für die Fraktion DIE LINKE in ihrer Rede betont, dass wir es wichtig finden, dass in den fünf Leitbildern und bei der Umsetzungsstrategie die sozialen Aspekte stets mitgedacht werden. Das ist bei einzelnen Maßnahmen in den Bereichen Umwelt, Bauen, Planen, Stadtgestaltung und Mobilität in Verbindung gelungen. Beispiele hierfür sind Ziele wie Umweltgerechtigkeit, Mobilität für Alle und mehr Lebensqualität insbesondere in Quartieren, in denen einkommensschwächere Menschen leben.

Da die Umsetzung in den verschiedenen Handlungsfeldern nur mit der finanziellen Unterstützung von EU, Bund und Land gelingen kann, halten wir es für wichtig, dass die Erarbeitung der Strategie, die Entwicklung und Priorisierung von Projekten jetzt zeitnah erfolgt. Hier muss der Verband auch seine eigenen Hausaufgaben erledigen und die verschiedenen eigenen Projekte, wie das Haldenentwicklungskonzept, das Freizeit- und Tourismuskonzept übereinanderlegen, priorisieren und Finanzierungsmöglichkeiten suchen. Wir sind auf die Rückmeldung aus den Kommunen gespannt!

Regionales Freizeit- und Tourismuskonzept in konkrete Maßnahmen überführen

---

Die Fraktion hat der Erarbeitung einer Umsetzungsstrategie für das Freizeit- und Tourismuskonzept des RVR zugestimmt, das bereits durch die letzte Verbandsversammlung in Auftrag gegeben worden ist.

Fatma Karacakurtoglu hat in ihrer Rede darauf verwiesen, wie wichtig dieses Konzept ist, um aufzuzeigen, wie lebenswert diese Region ist, wie sie sich als Freizeit- und Tourismusregion im Zuge des Strukturwandels entwickelt hat. Gleichzeitig machte sie darauf aufmerksam, dass die Aspekte des migrantischen Lebens in ihrer Breite und Wirkung noch zu wenig Beachtung gefunden haben. Wichtig ist diese im weiteren Prozess der Erstellung der Umsetzungsstrategie nochmals zu betrachten und abzubilden. Die die Defizite, die der Bericht aufgezeigt hat, wie die fehlende Mehrsprachigkeit bei der Bewerbung von Angeboten, die Erreichbarkeit der Orte mit dem Öffentlichen Nahverkehr, die Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie müssen in den Blick genommen werden. Sie sind nicht mehr zeitgemäß.

Linke unterstützt Vernetzung der queeren Szene – Koalition lehnt dies ab

---

Die Fraktion hat einen Grünen-Antrag unterstützt, nach dem die queere Szene mit einer Auftaktveranstaltung für eine bessere Vernetzung im Ruhrgebiet unterstützt werden soll und wenn gewünscht mit der Einrichtung eines ruhrgebietsweiten Runden Tisches.

Fatma Karacakurtoglu hat in ihrer Rede insbesondere die Große Koalition für ihre ablehnende Haltung zu dem Antrag kritisiert. Die Große Koalition argumentierte, sie wolle die „Vielfalt“ umfassend betrachten und nicht nur „eine Gruppe“. Passiert ist in den letzten knapp zwei Jahren in dieser Richtung jedoch nichts, so Fatma. Stattdessen lehne die Große Koalition nun eine konkrete Initiative ab, die von den Betroffenen ausdrücklich gewünscht wird. Die Politik müsse gerade die strukturelle Diskriminierung angehen und Vernetzung fördern. Es reiche nicht, die Regenbogenfahne zu hissen, wenn gerade aktuell die Szene massiven Anfeindungen ausgesetzt ist, wie der Mord in Münster zeige. Ein Runder Tisch und ein erstes Treffen, das vom RVR angeschoben werden könnte, könnte es der Community ermöglichen zu diskutieren, was sie braucht.

Dass auch die AfD den Antrag ablehnte, konnte nicht überraschen. Grüne, FDP und LINKE stimmten zu.

Zielabweichungsverfahren Werne gegen unsere Stimmen beschlossen

---

Abgelehnt hat die Fraktion DIE LINKE ein Zielabweichungsverfahren zum Regionalplan für Werne, das mit den Stimmen der Großen Koalition und der FDP beschlossen wurde. Dabei geht es um den Bau eines Surfparks, der sowohl dem Freizeitvergnügen als auch der Forschung von Wellenbewegungen dienen soll. Erforderlich ist dafür ein riesiges Wasserbecken, das aus dem Grundwasser im Lippe-Bereich gespeist wird.

Wolfgang Freye hat unsere Ablehnung u.a. damit begründet, dass zur Endabwägung zum jetzigen Zeitpunkt wichtige Informationen fehlen. So werden Fragen der Umweltverträglichkeit und der Auswirkungen auf den Wasserhaushalt der Region konkret erst im Zuge der Bauleitplanung untersucht. Es mache deshalb keinen Sinn, den Regionalplan zu ändern, bevor man weiß, ob das Vorhaben überhaupt umsetzbar ist. Zudem ginge es um die weitgehend versiegelte Fläche einer ehemaligen Zeche, die derzeit als Industriefläche ausgewiesen ist, die ebenfalls gebraucht werden. Auch die vom RVR als Regionaler Kooperationsstandort eingestufte Fläche Nordlippestraße in Werne stehe für Industrie und Gewerbe auf Grund eines Bürgerbegehrens nicht zur Verfügung.

Anträge, Anfragen, Pressemitteilungen und weitere Informationen sind unter **DIE LINKE. im RVR** zu finden.

DIE LINKE im Regionalverband RUHR (RVR) jetzt auch bei Facebook: @DieLinke.RVR

Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an dielinke@rvr-online.de.

Impressum: DIE LINKE im RVR, Kronprinzenstraße 35; 45128 Essen. V.i.S.d.P. Heike Kretschmer
Telefon: (0201) 2069-325 – e-Mail: dielinke@rvr.ruhr – Internet: www. dielinke-rvr.de